

Plenarprotokoll

93. Sitzung

Mittwoch, 15. Juli 2015

Europa ohne Grenzen 7887

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP

Drucksache 18/3172 (neu)

Angelika Beer [PIRATEN] 7891

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Präsidentin!

Ich versuche erst einmal, den Konsens herauszuarbeiten. Alles, was Rasmus Andresen eben gesagt hat, was die Grünen nicht wollen, wollen wir auch nicht. Alles, was er gesagt hat, für die Verbesserung der Zusammenarbeit positiv ausgedrückt, wollen wir auch. Auch mit den Antragstellern - in der Zwischenzeit sind es FDP und CDU - gibt es eine Gemeinsamkeit - das ist wichtig -: Auch wir fordern ein Europa ohne Grenzen.

Gerade weil es so ist und weil wir über unseren Nachbarn im Norden reden, muss ich mich mit dem Antrag und der Formulierung auseinandersetzen. Ich kann nur davor warnen, mit falschen Formulieren, falschen Behauptungen und Polemik das Verhältnis zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark zu gefährden. 2015 ist eben nicht 2011. Die Situation ist unterschiedlich.

Deswegen habe ich mich Folgendes gefragt, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP: Ihr Antrag trägt das Datum 2. Juli 2015. Warum haben Sie nicht längst Stellungnahmen auf „SPIEGEL-ONLINE“ oder von Lars Løkke Rasmussen gelesen, die deutlich vorher veröffentlicht wurden, in denen gesagt wurde, dass es eben nicht um die generelle Einführung von Grenzkontrollen gehe, sondern man das Schengener Abkommen berücksichtigen werde?

Herr Kollege Dr. Klug, wir haben in Brüssel darüber gesprochen. Es ist hier gesagt worden. Auch die **Kommission** hat gesagt, dass sie sehr genau verfolge, was jetzt auf dänischer Seite passiere. Sie hat aber auch gesagt, dass es derzeit keine

Hinweise darauf gebe, dass Schengen verletzt würde. Deswegen bin ich eher dafür, in einem Antrag korrekt zu formulieren. Es wird nicht besser dadurch, dass die CDU jetzt als Antragsteller mit darauf steht. Sie sagen unter Punkt zwei:

„Der Schleswig-Holsteinische Landtag bedauert die erneute Ankündigung der dänischen Regierung, permanente Grenzkontrollen ... einzurichten.“

Wir sollten differenzierter sein, um im Dialog mit unseren dänischen Nachbarn deutlich zu machen, warum bestimmte Maßnahmen aus unserer Sicht negativ in der Entwicklung sind, und trotzdem deutlich zu machen, dass wir verdammt froh sind, dass sich die Rechtspopulisten mit vielen ihrer europafeindlichen und ausländerfeindlichen Forderungen eben nicht durchsetzen konnten.

Wir reden hier zwar über Schleswig-Holstein und Dänemark, aber ich finde, um dann aufrichtig zusein, muss man sagen: Wir haben gerade den 30. Jahrestag des **Schengener Abkommens**, das **Jubiläum**, besonders gewürdigt, auch hier in Schleswig-Holstein, weil es eine der konsequentesten Umsetzungen und zugleich eine der wichtigsten Säulen des europäischen Gedankens ist.

Wir sind überzeugt, dass es gerade angesichts der Flüchtlingswanderungen die Humanität gebietet, den Europäischen Raum der Sicherheit, der Freiheit und des Rechts nicht nur zu bewahren, sondern zu verteidigen. Dies gilt nicht nur für unsere Nachbarn im Norden, sondern für ganz Europa. Deswegen habe ich mich über die Rede von Astrid Damerow hier heute gefreut. Es ist für mich dann trotzdem ein Widerspruch zur Positionierung der CDU- und CSU-Kollegen aus dem Bundestag, die das 30-jährigen Jubiläum des Abschlusses des Schengen-Abkommens zum Anlass genommen haben, eine generelle Verschärfung von Schengen zu fordern und anzuregen. Das steht diametral dem entgegen, was wir hier gerade von der CDU auf Landesebene gehört haben.

Wir machen uns Sorgen über die **Renationalisierung Europas**. Wir wissen, dass es jetzt wieder eine rechtsextreme Fraktion im Europaparlament gibt, die sich äußerst aggressiv gegen Minderheiten, gegen Kollegen, gegen jeden Gedanken der Gemeinschaftlichkeit in Europa positioniert. Deswegen möchte ich auch an dieser Stelle noch einmal an unsere dänischen Kollegen die Bitte richten: Überlegen Sie gut und nachhaltig, ob Sie nicht zum Beispiel mit der angekündigten Kürzung der Unterstützung für Asylbewerberinnen und Asylbewerber das falsche Zeichen setzen. Denn das, was die Rechtsextremisten besonders gut verstehen und was sie auch schon versuchen, ist eine Verzahnung, eine Kooperation zwischen ausländerfeindlichen Bestrebungen in Dänemark und hier bei uns in Schleswig-Holstein. Das müssen wir versuchen zu verhindern.

- Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Beschluss:

Überweisung an den Europaausschuss 7895

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 18/3172 (neu) dem Europaausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich sehe keine Gegenstimmen. Wer enthält sich? - Damit ist dies einstimmig so beschlossen.